



HESSISCHER LANDTAG

08. 12. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP

**betreffend Toleranz und Freiheit - Schweizer Minarett-Entscheidung
fordert Fortsetzung der nachhaltigen Integrationspolitik in Hessen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Schweizer Volksentscheid belegt, dass es auch im Jahr 2009 in europäischen Ländern trotz zahlreicher nationaler, europäischer und internationaler rechtlicher Regelungen nach wie vor in Teilen der Bevölkerung große Ängste im Umgang mit Migranten insbesondere muslimischer Religionszugehörigkeit und ihren Traditionen gibt. Diese Ängste müssen ernst genommen und im Rahmen einer nachhaltigen Integrationspolitik berücksichtigt werden.
2. Der Landtag betont, dass der Bau von Moscheen und Minaretten in Deutschland grundgesetzlich im Rahmen der bestehenden Gesetze gewährleistet ist.
3. Der Landtag unterstreicht den hohen Stellenwert der Achtung der Grundrechte und der Menschenrechte in Deutschland.
4. Der Landtag begrüßt die vielfältigen Aktivitäten der Hessischen Landesregierung im Bereich der Integration, die sich sowohl an Zugewanderte als auch gleichermaßen auch an die einheimische Bevölkerung wendet. Eine zukunftsweisende Integrationspolitik ist notwendige Voraussetzung, um Ängste unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen auf beiden Seiten abzubauen. Dazu ist es erforderlich, den kulturellen Hintergrund von Zugewanderten zu respektieren und im Einklang mit unseren Verfassungswerten, insbesondere mit dem in Art. 1 Abs. 1 GG festgelegten Wertesystem, anzuerkennen. Darüber hinaus muss der interkulturelle und interreligiöse Dialog fortgesetzt und weiter ausgebaut werden.
5. Der Landtag begrüßt, dass die Enquete-Kommission "Migration und Integration in Hessen" in Kürze ihre Arbeit aufnehmen wird und intensiv und umfänglich dazu beitragen wird, Integration noch besser in der hessischen Gesellschaft zu verankern.
6. Der Landtag setzt sich fortlaufend und dauerhaft für die Umsetzung eines Klimas des gesellschaftlichen Miteinanders im Lichte von Toleranz und Akzeptanz ein. Neben der Politik ist aber auch die Gesellschaft immer dazu aufgerufen, die Werte einer friedlichen und welt-offenen Gesellschaft zu leben.

Wiesbaden, 8. Dezember 2009

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Parl. Geschäftsführer:
Blum